

Kiel, den 23. Februar 2026

Presseinformation

Ver.di lehnt verbessertes Angebot der Arbeitgeber ab

In den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr in Schleswig-Holstein ist vorerst keine Einigung erzielt worden. Nach mehreren Stunden Gesprächen wurden die Verhandlungen vertagt. Die Gewerkschaft ver.di lehnte zuvor ein deutlich verbessertes Angebot ab.

Am 23. Februar 2026 fand die dritte Verhandlungsrunde zum sogenannten Manteltarifvertrag statt. Bereits in den Verhandlungen am 29. Januar und am 18. Februar hatte ver.di frühere Angebote der Arbeitgeberseite zurückgewiesen. In dieser dritten Runde haben die Arbeitgeber ein überarbeitetes Angebot vorgelegt.

Dieses verbesserte Angebot sah unter anderem vor:

- eine weitere spürbare Erhöhung der Jahressonderzahlung,
- bessere Bedingungen für die Auszahlung zusätzlicher Vergütungsbestandteile,
- Erhöhung des Faktors zur Berechnung der tariflichen Zuschläge,
- Erhöhung der Pauschale für die sog. „geteilten Dienste“,
- Einführung einer Regelung bei der freiwilligen Übernahme von zusätzlichen Diensten,
- Konkrete Gespräche über eine Überarbeitung der Eingruppierungsmerkmale,
- Zusage zu Regelungen für Zukunftsthemen wie dem autonomen Fahren,
- Änderungen bei der Nachtarbeit,
- eine Verbesserung des Zuschusses zur Altersvorsorge,
- verlässliche lange Laufzeit.

„Mit diesem Angebot ist die Arbeitgeberseite „an die Grenze des Machbaren“ gegangen“, so der Vorsitzende des Fachausschusses für Nahverkehrsbetriebe des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Schleswig-Holstein, Andreas Ortiz von den Stadtwerken Lübeck Mobil. „Das Angebot bedeutet für unsere Unternehmen eine große wirtschaftliche Belastung. Zudem sei es angesichts des Fachkräftemangels eine große Herausforderung, zusätzliches Personal zu gewinnen“ so Ortiz.

Jan Jacobsen, Geschäftsführer des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Schleswig-Holstein, ergänzt: „Wir haben kein Verständnis für die Ablehnung. Wir sind der Gewerkschaft sehr deutlich entgegengekommen. Ver.di hält jedoch an seinen Maximalforderungen fest und verhindert damit eine Einigung. Zudem warne ich davor, dass zu hohe Forderungen die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs und die Umsetzung der Verkehrswende gefährdet.“

Die Verhandlungskommission von ver.di bewertete das Angebot hingegen als nicht ausreichend und nicht einigungsfähig.

Eine weitere Verhandlungsrunde wurde gemeinsam für den Sonntag, 1. März 2026 vereinbart. Bis dahin bleibt offen, ob es zu weiteren Streiks kommen wird.

Pressekontakt

Jan Jacobsen
Verbandsgeschäftsführer